

Kommod-Haus: Höchstgericht gibt Altstadtschützern Recht

Im September 2003 gingen in Graz die Wogen hoch, als das denkmalgeschützte Kommod-Haus den Profitinteressen einer stadtbekanntem Immobilienfirma zum Opfer fiel. Die KPÖ stimmte im Stadtsenat als einzige Partei gegen den Abriss. Prompt wurde ihr vorgehalten, gesetzeswidrig zu handeln. Jetzt hat das Höchstgericht entschieden, dass der Abriss des historischen Gebäudes illegal war.

Seite 3



www.bigshot.at

Wechsel in der Stadtregierung:
**KPÖ Stadträtinnen:
Gute Arbeit für Graz**

Grünraumerhaltung:
**Viele offene Fragen
in Straßgang**

Aus den Grazer Bezirken:
**Aktivitäten der
KPÖ-Bezirksräte**

KPÖ im Landtag
**Strompreiserhöhung
nicht zulassen!**

RAT UND HILFE



Mieterschutzverband
Steiermark
Sparbersbachgasse 61

Tel. 38 48 30
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)
Sprechstunden – Bitte
um tel. Voranmeldung!
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at

Im Winter ist die Grazer Altstadt besonders reizvoll. Sie zu schützen ist eine wichtige Aufgabe der Politik

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern für die bevorstehenden Feiertage Ruhe und Gelassenheit – und ein gutes Neues Jahr 2006

Ihr Grazer Stadtblatt

GRAZER STADTBUDGET: MASSIVE BELASTUNGEN VP-SP schnüren Belastungspaket



Das Grazer Budget 2006 bringt Kürzungen für die Bevölkerung.

sich „aus allem heraushalten“. Sie schließen aber durch ihre eigenen Methoden die KPÖ aus dem Entscheidungsprozess aus.

Die KPÖ hat in der Vergangenheit immer wieder auf die drohende finanzielle Entwicklung hingewiesen – zum Beispiel anlässlich der Abwicklung des Kulturhauptstadtjahres und der in diesem Zusammenhang realisierten Projekte oder der Grazer Messe – ohne dass darauf reagiert worden wäre. Jetzt soll die Bevölkerung die Zeche dafür zahlen. Die Landesdruckerei

wird verkauft. Im Jahr 2007 will man den Kanal den Stadtwerken überlassen.

Die Finanzmisere der Stadt Graz ist aber nicht nur hausgemacht. Erschwerend für die Stadt Graz ist die Haltung der Landespolitik. Andere Bundesländer unterstützen ihre Landeshauptstädte z. B. durch Übernahme der Kosten für die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs. Das Land Steiermark darf sich angesichts der katastrophalen Finanzlage seiner Landeshauptstadt nicht aus der Verantwortung ziehen.

Die KPÖ Graz verlangt daher

- Den Verzicht auf die Landesumlage seitens des Landes Steiermark
- Die Schaffung der Voraussetzungen für die Einführung eines Nahverkehrsbeitrages für Unternehmer nach dem Muster der Wiener U-Bahnsteuer zur Finanzierung des ÖPNV und
- die Finanzierung einer Offensive im öffentlichen Wohnbau durch das Land Steiermark.

Die KPÖ lehnt die Vorgangsweise von ÖVP und SPÖ bei der Budgeterstellung entschieden ab. Die Stadträtinnen Kahr und Monogioudis: „Wir wurden von ÖVP und SPÖ über das Budget 2006 erst wenige Stunden vor seiner Vorstellung an die Medien informiert.“

Die beiden Parteien unterstützen der KPÖ immer wieder, sie würde sich weigern, Verantwortung zu übernehmen und

MEINUNG

Ernest Kaltenegger

Kein Abschied



Erstmals seit 1970 ist die KPÖ wieder im Steiermärkischen Landtag vertreten. Besonderer Dank gilt den Wählerinnen und Wählern aus Graz und Graz-Umgebung. Sie haben dafür gesorgt, dass die KPÖ in diesem Wahlkreis zwei Grundmandate erhielt. Diesen Vertrauensvorschuss gilt es nun zu rechtfertigen.

Die KPÖ-Abgeordneten werden sich auch in den kommenden Jahren besonders für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Aber auch andere wichtige Themen wie zum Beispiel der Abbau von Privilegien, Schutz der Grazer Altstadt und Vorrang für Öffentliche Verkehrsmittel werden nicht vernachlässigt werden.

Mit vier Mandaten wurde die KPÖ drittstärkste Partei im Landtag. Dies erfordert eine besondere Konzentration auf die kommenden Aufgaben in

der Landespolitik. Darum wurden auch im Grazer Rathaus die Weichen für die Zukunft gestellt. Mit der bisherigen KPÖ-Klubobfrau im Gemeinderat, Elke Kahr wird eine äußerst engagierte und kompetente Frau künftig als Wohnungstadträtin zur Verfügung stehen. Schon in ihrer bisherigen Arbeit hat sie stets bewiesen, dass der Einsatz für die sozial Schwächeren kein bloßes Lippenbekenntnis ist.

Selbstverständlich werde auch ich weiterhin für die Grazer Bevölkerung da sein. Sie erreichen mich künftig im Landhaus, 3. Stock, Zimmer 383. Am besten ist es, vorher unter der Telefonnummer 877-5106 anzurufen. Der Wechsel vom Rathaus ins Landhaus bedeutet zwar neue Aufgaben, ein Abschied von den Grazerinnen und Grazern ist es jedoch keinesfalls.



Von vollen Kassen kann die Stadt Graz nur träumen...

EU-PRÄSIDENTSCHAFT KOSTET UNS 82 MILLIONEN EURO

Für die EU-Propaganda in Österreich gibt es kein Sparprogramm.

Mit Fernsehwerbung, Plakaten, Broschüren und Veranstaltungen „beglückt“ uns die Regierung in Sachen EU. Das kostet viele Millionen Euro.

Das ist aber gar nichts gegen die Kosten der EU-Präsidentschaft, die aus dem österreichischen Budget – und damit von den Steuerzahlern – beglichen werden müssen.

Insgesamt 82 Millionen Euro (über 1,1 Milliarden Schilling in alter Währung) werden fließen.

Das Außenministerium hat allein 40 Millionen Euro budgetiert. Die Kfz-Flotte, Dolmetschleistungen und ähnliches werden davon bezahlt.

Zusätzlich haben die einzelnen Ministerien innerhalb ihrer Ressorts Gelder für Sach- und Personalausgaben für 2005 und 2006 reserviert. Je nach Aufwand variieren diese Ausgaben zwischen 13,4 Millionen (Innenministerium), 571.208 (Gesundheits- und Frauenministerium) und 60.000 Euro (Justizministerium). Insgesamt ergeben sich knapp 82 Millionen Euro ergeben.

KOMMOD-HAUS

OGH-Entscheid: Abbruch war illegal!

Dabei ist das Kommod-Haus, das einst die erste Grazer Oper beherbergte, nicht das einzige Beispiel für den verantwortungslosen Umgang mit dem Weltkulturerbe Grazer Altstadt: Das barocke „Weiße Rössl“ am Lendplatz 37 wurde trotz negativem Gutachten der Altstadtsachverständigenkommission (ASVK) abgerissen, auch Teile des Palais Trauttmansdorff mit einzigartigem Renaissance-Säulengang mussten daran glauben, ebenso

Bürgermeister Nagl wurde in der Tagespresse mit der Äußerung: „Schwamm drüber, wir machen einen städtebaulichen Wettbewerb und entwickeln den Bereich neu.“ zitiert.

Ein Sturm der Entrüstung war die Folge dieser Haltung. Am 3. Oktober 2003 schlossen sich hunderte Grazerinnen und Grazer einem Protestmarsch an, um den Abriss in letzter Minute zu verhindern. Gleichzeitig ließ die Firma Wegraz schon die Bagger auf-

belegt eindeutig, dass keine Gefahr im Verzug ist.“ Der Abbruch erfolgte nur wenige Tage darauf.

1.500 Euro „unzumutbar“

Nun hat der Verwaltungsgerichtshof entschieden, dass der Abbruch tatsächlich nicht legal war. Die Firma Wegraz nützte eine Gesetzeslücke aus, die es ermöglicht, denkmalgeschützte Objekte abzureißen, wenn eine Renovierung „wirt-



verwiesen, wenn es für den Städtetourismus zu werben gilt. Dabei wird seit Jahrzehnten nur wenig unternommen, wenn es darum geht, die Altstadt lebenswert zu erhalten. Statt auf Lebensqualität wird auf eine permanente Event-Berieselung gesetzt. 1966 waren noch 8.513 Bewohner im ersten Bezirk gemeldet, 2003 waren es nur noch 3.302. Schuld daran sind der Lärm und der untragbare Umgang mit den Häusern.

Neues Gesetz notwendig

Der Klubobmann der KPÖ im steirischen Landtag, Ernest Kaltenecker, betonte in seiner Antrittsrede: „Die Grazer Altstadt braucht einen besseren Schutz vor Spekulanten. Wenn sich Vorfälle wie um das Kommod-Haus nicht wiederholen sollen, brauchen wir eine wirkungsvolle Novellierung des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes.“ Die KPÖ wird sich im Landtag dafür einsetzen, dass ein solches Gesetz möglichst bald verabschiedet werden kann. Das Höchstgericht bestätigt zwar die Haltung Kalteneckers, doch für das Kommod-Haus kommt das zu spät.



das Biedermeierhaus in der Münzgrabengasse 31. Die Vorsitzende der ASVK, Gertude Celedin, sprach damals von „Wahnsinn“.

Die Geschichte des Palais Trauttmansdorff macht deutlich, welche Gewinne mit Spekulation gemacht werden können: Es wurde um acht Mio. S gekauft, danach dem Verfall preisgegeben, durch ein neues Projekt ersetzt und schließlich um 50 Millionen Schilling verkauft.

„Schwamm drüber“

Obwohl sich die Experten einig waren, dass ein Abriss des Kommod-Hauses nicht in Frage komme, wurde dem Besitzer Dr. Reinhard Hohenberg, einem bekannten Grazer Immobilienhändler, von den zuständigen Behörden ein Abbruchbescheid ausgestellt.

fahren, um die Grazer Bevölkerung vor vollendete Tatsachen zu stellen. Deren Argument lautete, das Haus sei einsturzgefährdet und müsse sofort demoliert werden. Dieser Darstellung widersprach Christian Brugger vom Bundesdenkmalamt: „Das Gutachten der Stadt

schaftlich unzumutbar“ ist. Die Höchststrichter wiesen aber nach, dass die Gefährdung, die durch abbröckelnden Putz entstanden war, mit einem Betrag von 1.506 Euro zu beheben gewesen wäre.

Auf die Grazer Altstadt wird von der Stadtpolitik gerne

**Wirksam gegen Bausünden vorgehen
Neufassung des Grazer
Altstadterhaltungsgesetzes notwendig**

„Ich werte die scharfe öffentliche Kritik an einigen Entscheidungen der Grazer Bau- und Anlagenbehörde als eine Bestätigung der Haltung der KPÖ in den zuständigen Ausschüssen“. Das sagte der Grazer KPÖ-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch am Mittwoch in einer Reaktion auf Medienberichte.

Fabisch: „In den aufgezählten Fällen - Palais Lazarini, Thalia-Umbau, Bauvorhaben in der Schützenhofgasse, Wohnanlage am Ruckerlberg Verbauung eines Villengartens in der Merangasse – versuchen wir auf der Seite der Bevölkerung zu stehen. Mit Kopfschütteln über die Entscheidungen der Behörde ist es aber

KPÖ
Gemeinderat
Andreas
Fabisch



nicht getan. Wir brauchen eine Aufwertung der Grazer Altstadtsachverständigenkommission und einen besseren Schutz der historischen Stadtteile vor Spekulanten. Wenn sich diese seltsamen Vorfälle nicht wiederholen sollen, ist eine rasche und wirksame Novellierung des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes notwendig

„DIFFERENZIIERTER WINTERDIENST“ IM GRAZER SÜDEN

Neues Winterkonzept der Wirtschaftsbetriebe

Spätestens wenn die Temperaturen unter null sinken und Schnee „in der Luft liegt“ wird allen klar: Winter wirds! Für die Mitarbeiter der Wirtschaftsbetriebe bedeutet

diese Jahreszeit daher, in ständiger Rufbereitschaft für einen möglichen „Winterdienst-Einsatz“ zu sein.

Das neue Konzept „Differenzierter Winterdienst“ sieht vor, dass je nach Witterung und Bedeutung einer Verkehrsfläche unterschiedliche Maßnahmen gesetzt werden.

Gute Erfahrungen

Erstmals wird heuer in den Bezirken Liebenau, Puntigam sowie in Teilgebieten von St. Peter, Jakomini, Gries und Straßgang die Splittstreuung durch Feuchtsalz ersetzt. In der Rudersdorfer Au und im

Murfeld wird es in der verkehrsberuhigten Zone eine intensivere Schneeräumung, aber keine Streuung geben – betroffen sind davon immer nur Fahrbahnen. „Die Erfahrungen in deutschen Städten wie München und Nürnberg haben uns bestärkt, diese Vorgehensweise auch in Graz zu probieren“, erklärt Stadträtin Wilfriede Monogioudis. Per Gemeinderatsbeschluss vom 22. September dieses Jahres wurden Richtlinien für eine schrittweise Einführung des differenzierten Winterdienstes in Graz geschaffen. Der Beschluss wird im Testgebiet im Süden von Graz heuer probe-weise umgesetzt; das restliche



Winterfit: Stadträtin Wilfriede Monogioudis, Dr. Gerhard Egger (re.), DI Peter Felber und Ing. Günther Volkmer (v. li.) präsentieren den „differenzierten Winterdienst“.

Straßennetz wird wie bisher betreut werden.

Die Flotte der Wirtschaftsbetriebe (alle Fahrzeuge werden bzw. sind mit Partikelfilter ausgestattet) wartet schon auf ihren Einsatz. Sogenannte „weiße Engel“ werden die Verkehrsteilnehmer im Testgebiet auf die besondere Situation aufmerksam machen. Und die Experten des Kuratoriums werden in den kommenden Monaten an exponierten Stellen das Verhalten der Verkehrsteilnehmer genau unter die Lupe nehmen.

Die ersten Rückmeldungen waren sehr positiv. „Wenn wir damit, ähnlich wie in Deutschland, Erfolge erzielen können, wird der differenzierte Winterdienst in Zukunft auch auf andere Stadtteile ausgeweitet werden“, kündigte Stadträtin Wilfriede Monogioudis an.



GLOCKENSPIEL – TERMIN-KOLLISION

Das Glockenspiel am Glockenspielplatz 4 ist tagtäglich ein großer touristischer Anziehungspunkt in Graz. Es findet um 11, 15 und 18 Uhr statt.

Um 11 Uhr – wenn Reisegruppen das Glockenspiel hören und sehen wollen – gibt es aber immer wieder kritische Situationen mit dem Autoverkehr.

Lkws, die hauptsächlich Zusteller sind, aber auch Pkws müssen um Punkt 11 Uhr Glockenspielplatz, Mehplatz und Färbergasse verlassen, da sie keine Ausnahmegenehmigung haben und von einer Überwachungskamera gefilmt werden. Diese Autos stehen mit laufendem Motor aufgereiht vor der Ampel. Gleichzeitig kommen viele Touristengruppen schon zum Glockenspielplatz. Dadurch entstehen für die umstehenden Personen oft gefährliche Situationen.

Es ist der Wunsch von vielen FremdenführerInnen, die täglich mit dieser Situation konfrontiert werden, den Beginn des Glockenspiels am Vormittag um eine halbe Stunde auf 11.30 Uhr zu verlegen.

Dies wäre auch im Sinne der Touristen, die das Glockenspiel in Ruhe und ohne störenden Autolärm beobachten und hören könnten. Aber auch für die LKW-Lenker wäre dieser Schritt eine Erleichterung bei der Ausübung ihres Dienstes. Gerti Schloffer

ÖKO-Profit: KPÖ fordert bessere Kontrolle

Bei der städtischen Firma Öko-Profit CPC wurden betrügerische Machenschaften aufgedeckt.

„Im Fall Öko-Profit gibt es so viele Ungereimtheiten und offene Fragen, dass er die Stadt noch lange beschäftigen wird. Wir hoffen, dass Stadtrechnungshof, Kontrollausschuss und Gerichte die Tatsachen herausfinden und dass sich der finanzielle Schaden für die Stadt Graz begrenzen lässt.“ Das sagte KPÖ-Klubobmann Sepp Schmalhardt in der jüngsten Gemeinderatssitzung. Mit

welcher Berechtigung wollen die Verantwortlichen in der Stadtregierung der Bevölkerung jetzt und in Zukunft neue Belastungen zumuten, wenn sie immer wieder solche Fälle zulassen. Hier wurde wieder einmal Steuergeld in Millionenhöhe in den Sand gesetzt.

Der KPÖ-Mandatar betonte: „Eine Schlussfolgerung aus dieser Situation muss es sein, dass Vertreter aller Gemeinderatsfraktionen künftig die Kontrollfunktion in allen Aufsichtsräten der Gesellschaften der Stadt Graz wahrnehmen“.

KURZ UND BÜNDIG



Der Weihnachtsrummel in der Stadt fängt immer früher an.

Da müsste man eigentlich das Weihnachtsgeld für die Leute verdoppeln.

WECHSEL IN DER STADTREGIERUNG

Angelobt: Elke Kahr

Die Landtagswahl hat auch große Veränderungen im Grazer Rathaus-Team der KPÖ gebracht. Nachfolgerin von Ernest Kaltenegger als Wohnungsstadträtin ist Elke Kahr. Sepp Schmalhardt wurde Klubobmann, Gemeinderätin Ingeborg Bergmann wurde zur Klubobmannstellvertreterin gewählt.



KPÖ-Gemeinderätin
Christine
Schönberg

Die Arbeit fortsetzen

Elke Kahr in einer ersten Stellungnahme: „Es geht darum, in den kommenden Jahren in Graz die Wohnungspolitik fortzusetzen, die mit dem Namen Ernest Kaltenegger verbunden ist. Das wird nicht leicht werden. Wir müssen den Einbau von Nasszellen fortsetzen, damit die Losung „Ein Bad für jede Gemeindefamilie“ Wirklichkeit wird.

Es geht um die Sanierung weiterer Gemeindebauten und um den Neubau von Wohnungen zu erschwinglichen Mieten. In diesem Zusammenhang möchte ich vor allem das Projekt Grünanger nennen. Mir ist bewusst, dass sich die finanziellen Rahmenbedingungen auch für das Wohnungsressort verschlechtern haben und weiter verschlechtern werden, wenn die Stadt Graz nicht durch Land und Bund in stärkerem Ausmaß als bisher unterstützt wird.

Wie mein Vorgänger werde ich darauf schauen, dass es zu keinen Belastungen für die

Umweltgefahr durch stillgelegten Galvanikbetrieb

Dem Galvanikbetrieb J. in Graz wurde nie eine Genehmigung erteilt.

KPÖ-Gemeinderätin Ulrike Taberhofer: „Die Galvanikbäder sind nach wie vor vorhanden und stellen ein großes Gefahrenpotential dar. Bislang fühlt sich niemand verantwortlich, die Entsorgung vorzunehmen und sie insbesondere auch zu finan-

MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr

Auf keinen Menschen vergessen!

Seit vier Wochen arbeite ich jetzt als Stadträtin und versuche den hohen Ansprüchen gerecht zu werden, die mit dieser Aufgabe verbunden sind.

Die Rahmenbedingungen sind nicht leicht. Der Budgetkurs von ÖVP und SPÖ trifft auch das Wohnen in Graz.

Eines weiß ich aber aus Erfahrung: Man muss immer jene Menschen im Auge haben, denen es nicht so gut geht, wenn man als Politikerin unterscheidbar bleiben will.

Deshalb gibt es in diesem Punkt keine Änderung: Wie Ernest Kaltenegger verwende ich

einen großen Teil meines Bezuges als Stadträtin, um Menschen konkret zu helfen. Das ist ganz einfach notwendig.

Politik bedeutet nämlich mehr als das Erstellen von Studien und Konzepten oder das Abhalten von Tagungen. Wir müssen dafür sorgen, dass auf keinen Menschen vergessen wird.

Davon werde ich mich in meiner Arbeit auch weiterhin leiten lassen.

Ihre Stadträtin Elke Kahr

Tel. 872 2060

E: stadtraetin.kahr@stadt.graz.at

Foto: Furgler



KPÖ Stadträtinnen Wilfriede Monogioudis und Elke Kahr



KPÖ Klubobmann Sepp Schmalhardt, stv. Klubobfrau Ina Bergmann.

Da Elke Kahr ihr Mandat zurückgelegt hat, rückte Christine Schönberg als KPÖ-Gemeinderätin nach.

VS KRONES: ÜBERSIEDLUNG WICHTIG

Als notwendige Sofortmaßnahme bezeichnet KPÖ Gemeinderat Andreas Fabisch die Übersiedlung der Volksschule Krones in das leergewordene Hauptschulgebäude gegenüber.

„Mit diesem schon längst fälligen Schritt könnte der neue Schulstadtrat Miedl ein Zeichen setzen und korrigieren, was sein Vorgänger verabsäumt hat“, so Fabisch.

**Winterquartiere für unsere stacheligen Freunde!**

Wie schon in den Jahren zuvor wurden von den Grünraumspezialisten der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz in verschiedenen Parkanlagen Winterquartiere für Igel errichtet. Vor anderen Tieren geschützt, können sie so im dichten Laub kuscheln.

Unseren stacheligen Freunden soll damit auch in der Stadt eine sichere Überwinterungsmöglichkeit geboten werden.

Bevölkerung kommt. Ganz entschieden wende ich mich gegen jede Form der Ausgliederung oder des Verkaufs der Grazer Gemeindefamilien. Ich freue mich darüber, dass es im Wohnungsamt und im Stadtratsbüro ein sachkundiges und eingespieltes Team gibt, das umsichtig und aktiv im Sinne der BürgerInnen arbeitet.“

Elke Kahr betonte auch die gute Zusammenarbeit mit ihrer KPÖ-Kollegin im Stadtse-nat, Wilfriede Monogioudis.

zieren. Es besteht dringender Handlungsbedarf, denn die hoch giftigen Galvanikbäder stellen eine Umweltgefahr dar, die unanschätzbar ist, und im Falle einer Katastrophe würde ein Vielfaches an Folgekosten entstehen. Deshalb müssen die zuständigen Stellen der Stadt Graz sofort einschreiten und die Finanzierung sicherstellen“.

TENNISAKADEMIE „MUSTERLAND“

Viele Kritikpunkte bleiben offen

Bei der Gemeinderatssitzung am 10. November 2005 wurde, trotz vieler Einsprüche von Bürgern in Straßgang und Wetzelersdorf sowie von Bürgerinitiativen aus ganz Graz die Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes und des Flächenwidmungsplanes zugunsten der Errichtung der internationalen Tennisakademie „Musterland“, von „Grüngürtel“ auf „Wohn-

gebiet mittlerer Dichte“ gegen die Stimmen der KPÖ und Grünen beschlossen.

Gemeinderätin Ina Bergmann deponierte in dieser Sitzung nochmals die vielen Argumente, die gegen eine Verbauung eines Teiles dieses Grüngürtels sprechen.

Die landwirtschaftlich genutzten Gründe der Landwirtschaftsschule Alt-Grottenhof bieten im Stadtgebiet von Graz eine einzigartige Land-

schaft für Mensch und Tier. Daher ist dieser Bereich auch Landschaftsschutzgebiet. Die Grünflächen sind nicht nur für die Schule Alt-Grottenhof von lebenswichtiger Bedeutung, sondern dienen auch der Bevölkerung als Naherholungsgebiet. Der Grüngürtel ist auch ein Luftreservoir in einem von Feinstaub stark belasteten Gebiet in Graz.

Das zusätzliche Verkehrsaufkommen von 200 bis 400 Autos soll über die Zufahrt zum Hotel Tennisparadies abgewickelt werden. Wenn man bedenkt, das zwischen Metro und der Fa. Leykam bereits die Bebauungspläne für weitere 700 Wohnungen



Kurt Luttenberger, KPÖ-Bez. Vorst. Stv. in Straßgang

und 60 Einfamilienhäuser beschlossen wurden, so sind dies ca. 1000 Fahrzeuge, welche in den nächsten Jahren in die von Staus geplagte Straßgangergasse zusätzlich einfließen werden.

Die internationale Tennisakademie unter der Patronanz von Thomas Muster könnte durchaus in einem weniger sensiblen Gebiet gebaut werden.

Schauspielhaus: Gedenktafel für Karl Drews



Jahrelange Bemühungen waren erfolgreich: Im Schauspielhaus gibt es seit kurzem eine Gedenktafel für den Grazer Regisseur, Schauspieler und kommunistischen Widerstandskämpfer **Karl Drews** (1901 bis 1942).

Politisch seit den 1920er Jahren innerhalb der Sozialdemokratie bzw. der KPÖ aktiv, gehörte er ab 1940 zur illegalen kommunistischen Leitung in der Steiermark. Anfang Februar 1941 wurde Karl Drews verhaftet, am 28. Juli 1942 in Graz zum Tode verurteilt und am 7. Oktober 1942 in Wien hingerichtet.

Grünzongengürtel in Gefahr

Ein Netzwerk in Straßgang versucht die drohende Verbauung des letzten großen durchgehenden und unverbauten Grünraum- und Naherholungsgebietes St. Martin – Bründlteiche/Bründlwiese – Alt-Grottenhof zu verhindern.

Mit dem unlängst von der Mehrheit des Grazer Gemeinderates beschlossenen und vom Land Steiermark mit 3,4 Millionen Euro geförderten Neubau bzw. Ausbau einer Tennisakademie „Musterland“ bestätigt sich für KPÖ-Bezirks-

vorsteherstellvertreter Kurt Luttenberger eine bewusst gesteuerte „Salomitaktik“, der als Nächstes die Landwirtschaftsschule Alt-Grottenhof oder beträchtliche Teile der Bründlwiese zum Opfer fallen werden.

Der von der KPÖ-Straßgang organisierte Lokalausganschein am 12. November 2005 zeigte den TeilnehmerInnen unmittelbar die Problematik auf. Als nächster Schritt wird eine Bürgerversammlung mit den zuständigen und verantwortlichen Politikern organisiert.

Stammtisch für Arbeitslose

Beim Arbeitsmarktservice Graz waren Ende Oktober 11.074 Personen arbeitslos gemeldet. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit dürfte aber weit höher liegen, da sich viele erst gar nicht beim AMS vormerken lassen, wie z.B. Jugendliche ohne Lehrstelle oder Frauen, die ins Berufsleben wiedereinsteigen wollen, aber keinen Job finden.

Während die Gewinne der Unternehmen steigen, nimmt der Druck auf (noch) Arbeitende und Arbeitslose, z.B. jeden „zumutbaren“ Job (sobald er mehr als 323 Euro = Gering-

fähigkeitsgrenze einbringt) anzunehmen, zu. So hat zum Beispiel der Siemens-Konzern in einem Zeitraum, in dem die Gewinne um 26% gesteigert wurden, gleichzeitig 7.000

Beschäftigte entlassen. (Quelle: ÖGB-OÖ)

Die durchschnittliche Notstandshilfe (für Langzeitarbeitslose) liegt mit 607 Euro für Männer und 475 Euro für Frauen weit unter der offiziellen Armutsgefährdungsschwelle (785 Euro).

Mit anderen Betroffenen ins Gespräch kommen und Informationen austauschen können Arbeitslose beim Grazer Stammtisch für Erwerbs-

Arbeitslose, jeden 2. Donnerstag ab 17 Uhr im Café Palaver, Griesgasse 8. Kommende Termine: 1. und 15.12.

Beratung bei allen Problemen rund um die Arbeitslosigkeit (anonym und kostenlos): jeweils ab 16 Uhr (vor dem Stammtisch sowie nach Vereinbarung: Tel. 0699/81 53 78 67 oder mob.arbeit@web.de

Viele Infos gibt es auch unter: www.fetzen.net

Grazer Gemeindewohnungen – ein Beitrag zur sozialen Stabilität

Die Unruhen in französischen Städten haben bei uns kurzfristig auch jene aufgeschreckt, die ansonsten vor sozialen Problemen am liebsten die Augen verschließen. Plötzlich stellt man sich die Frage, ob so etwas auch bei uns passieren könne.

silva phOtoArt



seiner Amtsführung wurden die an sich beliebten Häuser erhalten und grundlegend saniert.

Ähnlich verhielt es sich auch bei den Holzhäusern am Grünanger. Auch hier sprachen Politiker von SPÖ, ÖVP und FPÖ zuerst von hochwertigem Bauland, welches besser genutzt werden müsse. Erst die Proteste der Bewohner und engagierter Helfer aus katholischer und evangelischer Kirche sowie des Sozialmedizinischen Zentrums Liebenau bewirkten

ein Umdenken. Kaltenegger unterstützte von Beginn an alle diese Initiativen. Heute werden statt Hochhäusern auf den verfügbaren Flächen Wohnhäuser in Holzbauweise mit kleinen Gärten errichtet.

Sanierung in Angriff genommen

Einige städtische Wohnanlagen, wie zum Beispiel die Muchitsch-Blöcke in der Triestersiedlung, wurden seit ihrer Errichtung vor 80 Jahren nicht saniert. Ein katastrophales

MIETERNOTRUF

0316

71 71 08

Verlieren Sie keine Zeit!
Rufen Sie uns an!

les Erscheinungsbild und eine schlechte Ausstattung – viele Wohnungen hatten kein Bad, etliche nur ein WC am Gang – waren beste Voraussetzungen für eine Ghattobildung. Mittlerweile wurde unter der Amtführung von Stadtrat Kaltenegger mit der umfassenden Sanierung begonnen. Die sanierten Wohnungen verfügen über eine zeitgemäße Ausstattung wie Bäder und Fernwärme. Dadurch wird künftig auch wieder eine bessere soziale Durchmischung möglich sein.

Diese Initiativen werden jetzt von Stadträtin Elke Kahr (KPÖ) fortgesetzt. Bleibt nur zu hoffen, dass auch die anderen Parteien die Notwendigkeit dieser Arbeit anerkennen und nicht blockieren.

MIETERINNEN NICHT MEHR ERWÜNSCHT

Eiskalter Verstoß gegen gültige Verträge

Das Schreiben einer „Vermietungs GmbH“, das den MieterInnen des Hauses Eggenberger Allee 3 im Sommer dieses Jahres zugestellt wurde, begann vielversprechend:

„...aufgrund des derzeitig desolaten Zustandes der Wohnungen im Hause ist eine Komplettsanierung der Wohnungen notwendig.“ Freilich weniger erbaulich ging es weiter: *„Zu diesem Zwecke müssen die Wohnungen (...) freigemacht werden. Wir kündigen daher die von Ihnen gemietete Wohnung.....Mit freundlichen Grüßen....“*

Während ein Teil der Mieter dieser „freundlichen“ Aufforderung nachkam und auszog, blieb der skeptischere Teil der MieterInnen in ihren Wohnungen.

Zurecht, denn eine geplante Sanierung stellt natürlich gar keinen Kündigungsgrund dar! Damit will sich die „Vermietungs-GmbH“ offenbar nicht abfinden, denn zu Beginn der Heizperiode mussten die MieterInnen feststellen, dass die Heizkörper kalt blieben, obwohl natürlich versucht wurde, weiterhin Entgelt für Fernwärme zu kassieren. Laufende Nasen und frierende Kinder waren den BewohnerInnen schließlich zuviel. Sie wandten sich an die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr, die sich vor Ort ein



Bild von der Situation machte. Die Androhung eines Verfahrens vor der Schlichtungsstelle zeigte Wirkung, die Heizung funktioniert wieder. Elke Kahr: „Es ist unglaublich, mit welchen Methoden manche Hauseigentümer unliebsam gewordene MieterInnen aus ihren gültigen Verträgen drängen möchten. Wir werden den Fall weiter beobachten.“





JAKOMINI

VERBAUUNGEN UND VERKEHRSELASTUNGEN

Im Gebiet rund um die Messe werden Verbauungen problematischer. So hat die GraWe bei der Stadtbaudirektion einen Plan eingereicht, der das östliche Messeareal betrifft und an Hässlichkeit kaum zu übertreffen ist. Abgesehen davon – über Geschmack lässt sich bekanntlich streiten – würde damit das Moserhofschlössl mit modernen Wohn- und Bürobauten (in einer ersten Ausbaustufe 250 Wohneinheiten sowie Büro- und Geschäftsräume) umzingelt werden. „Eine Schande für eine Kulturhauptstadt“ nannte es der Landes-

konservator Hofrat Dr. Friedrich Bouvier. Bezirksrat Herbert Wippel geht es in diesem Zusammenhang in erster Linie um die Auswirkungen einer weiteren Verbauung in diesem Gebiet auf den Verkehr und er gibt zu bedenken, dass die bestehenden Kapazitäten bei weitem schon jetzt ausgereizt sind. Daher hat er im Bezirksrat auch den Antrag gestellt, dass mehrere Stadtteilversammlungen zum Thema Verkehr einberufen werden, wo die Stadtplanung endlich „Tacheles“ reden soll. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.



Idylle mitten in der Stadt

Rettet die Innenhöfe

Vor allem im nördlichen Bereich des Bezirks Jakomini gibt es wunderbare Innenhöfe – noch. Denn von den ursprünglich 56 gründerzeitlichen Innenhöfen sind nur noch 15 % vollkommen intakt. Der Rest ist teilweise beeinträchtigt (ca. 60 %) bzw. bereits zerstört (ca. 25 %). In Zusammenarbeit mit dem Naturschutzbund wurden Spaziergänge durch Innenhöfe organisiert, um diese Kulturschätze

wieder ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rufen. Weiters findet noch bis zum 4. Dezember im Restaurant Marienkäfer in der Friedrichgasse 3 eine Wanderausstellung mit Fotos von der Kunstfotografin Edeltrud Ulbl-Taschner statt. Zu dieser Ausstellung gibt es auch ein Preisausschreiben. Wer die Innenhöfe erkennt (die genaue Lage nennen kann), gewinnt ein Essen im besagten Restaurant.

INNERE STADT

Bezirksrat unterstützt DOKU

Der Bezirksrat der Inneren Stadt hat beschlossen, das Frauen-Dokumentationszentrum mit 300 Euro zu unterstützen. Mit diesem Geld können Bücher für diese wichtige Einrichtung angeschafft werden. Lediglich der SPÖ-Vertreter stimmte gegen diese Subvention. Wegen der Halbierung des Bezirksbudgets durch die Stadt fasste der Bezirksrat den einstimmigen Beschluss, dieses Geld künftig pro Jahr auf eine gemeinnützige Einrichtung in der Inneren Stadt zu konzentrieren.

Kulturzentrum angeregt

Leserbrief:

Als Bewohner der Inneren Stadt bedaure ich es sehr, dass es kein den Bewohnern der Inneren Stadt gewidmetes Kulturzentrum gibt. Ich halte es für notwendig und auch für die Pflicht der Stadt Graz, so ein Zentrum zu errichten. Es gibt viele in der Inneren Stadt lebende Künstler, welchen hier eine Plattform geboten werden könnte; des Weiteren wäre ein solches Kulturzentrum ein toller Treffpunkt für die Bewohner des ersten Bezirkes.

Zu verwalten wäre dieses Zentrum von einer im ersten Bezirk lebenden Crew. Für die anfallenden Kosten sollten die Stadt Graz und das Land Steiermark aufkommen.

Christian Polansek

GÖSTING

Hochwasser-Ersthilfe

Das Hochwasser vergangenen Sommer hatte die Brunnen mehrerer Haushalte der Thalstraße verseucht. KPÖ-Bezirksrat Gerhard Strohriegel konnte Abhilfe schaffen: Nach zahlreichen Telefonaten gelang es in Zusammenarbeit mit dem Büro Monogioudis, Ersthilfe durch das Wasserwerk zu organisieren. Die Betroffenen erhielten

als Soforthilfe 5 Container Trinkwasser zu je 10 Litern und wurden in der Folge solange nachversorgt, bis das Umweltamt die Hausbrunnen wieder freigeben konnte.

LAN-Party

Jugendliche und Freaks aufgepasst: für Februar ist im Kristallwerk in der Viktor-Franz-Straße eine 48 stündige LAN-Party geplant. Nähere Infos folgen...

GEIDORF

Rosenhain: Behindertenwohnungen eröffnet



Am 17. 11. wurden 34 behinderten- und pensionistengerechten Wohnungen sowie einer Tageswerkstätte für Behinderte am Rosenhain eröffnet. Die Tageswerkstätte soll Menschen mit Behinderung eine sinnvolle Beschäftigung auf Basis ihrer persönlichen Fähigkeiten ermöglichen. Die für je ein bis zwei Personen errichteten Wohnungen, die teilweise bereits bezogen wurden, konnten von den Bewohnern individuell mitgestaltet werden. Ein Wermutstropfen ist allerdings der nächtliche Lärm. Das Gejohle und Geschrei, das bis vier Uhr morgens aus dem angrenzenden Univiertel durch die

Fenster dringt, wird von den Bewohnern als sehr störend empfunden, berichtet Bezirksrätin Gerti Stangl.

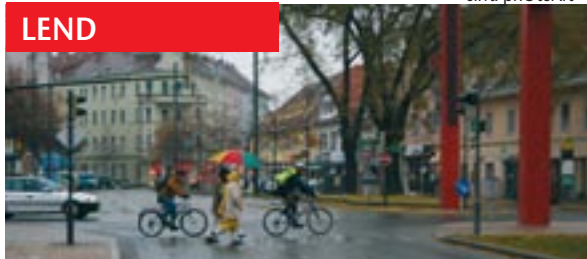
Ringlinie

Hoffentlich nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben ist die Wieder-Einrichtung des Uni-2ers, meint Bezirksrätin Grete Skedelj. Ein Vertreter des Bürgermeisters nannte als Datum der Realisierung der sogenannten Ringlinie, die über Keplerstraße und Glacis zur Uni führen soll, frühestens das Jahr 2008. Der von der KPÖ eingebrachte Antrag war von den Bezirksräten einstimmig unterstützt worden.

KPÖ-BEZIRKS- UND GEMEINDERÄTE: VOR ORT FÜR SIE DA

silva phOtoArt

LEND



Ungetrübtes Radfahrvergnügen

Der von Bezirksvorsteher-Stellvertreter Mag. Christian Carli voriges Jahr im Herbst eingebrachte Antrag „Lückenschließung des Radwegs Mariahilferplatz – Volksgartenstraße – BA/CA – Feuerwehr“ wurde bereits Anfang des Jahres vom Büro des Stadtrates Dr. Rüscher bearbeitet und dem Radverkehrsbeauftragten zur Planung übergeben. Wir warten auf die Umsetzung!

PUNTIGAM

Verkehr, Lärm, Schmutz – Bürger unzufrieden

Bei der jüngsten Bezirksversammlung kamen gleich drei Bürgerinitiativen zur Sprache: Bewohner der Rudersdorferstraße klagen über erhöhtes Verkehrsaufkommen seit Beginn der Bauarbeiten in der Puntigamerstraße. Die Straße dient immer mehr Autofahrern als Schleichweg von der



Alter Poststraße, Zepelinstraße und Plachelhofstraße.

Eine dritte Bürgerinitiative hat die Aktivitäten der Firma Fink in der Gradnerstraße ins Visier genommen. Vor allem Eltern der nahe gelegenen Schule sind durch den verstärkten LKW-Verkehr beunruhigt und sehen ihre Kinder gefährdet. Lärm,



Staub, riesige Halden Aushubmaterial und Verunreinigungen der Straße sind weitere unangenehme Begleiterscheinungen der betrieblichen Tätigkeit.

KPÖ-Bezirksrätin Roswitha Koch bemüht sich, ihre Mitbürger in ihren Anliegen bestmöglich zu unterstützen.



Puntigamerstraße nach Feldkirchen. Tempo 30 in der Rudersdorferstraße wird immer wieder missachtet, weshalb die Exekutive aufgerufen ist, rigorose Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen, um Rasern das Handwerk zu legen.

Starke Bedenken bezüglich Dimensionen und Lärmentwicklung gibt es im Zusammenhang mit dem kolportierten Bau der neuen Kovachalle zwischen

GRIES

Die Wellen hoch schlagen ließ das jüngst im Auftrag des Vereins WIKI fertiggestellte „Fun-Hall-Projekt“ neben dem Jugendgästehaus Idlhofgasse. Die neu errichtete Kletterhalle schließt unmittelbar an die angrenzenden Kinderbetreuungseinrichtungen (Hort und Krabbelstube) an. Es ist dem Engagement von KPÖ-Bezirksrätin Inge Arzon zu verdanken, die sich wiederholt vehement gegen eine Beschneidung der Bewegungsflächen für die Kinder einsetzte, dass entgegen den ursprünglichen Plänen die gesamte zur Kinderbetreuungseinrichtung gehörige Grünfläche erhalten geblieben ist. Trotzdem hat die Errichtung der Kletterhalle Kontroversen ausgelöst, führt doch die rund zehn Meter hohe Wand zu einer weiteren Abschottung der Kinder, denn auch südlich zwischen Gürtelturm und Gästehaus soll gebaut werden. Es stellt sich ohnehin die Frage

WIKI-Kletterhalle kontra Kindergarten?

nach der Sinnhaftigkeit einer zweiten Kletterhalle innerhalb eines Bezirkes angesichts der Tatsache, dass der Betrieb der bereits bestehenden Kletterwand in der Herrgottwiesgasse zuletzt aufgrund mangelnder Auslastung vorübergehend eingestellt wurde. Für das Fun-Hall-Projekt stellte nicht nur das Land unter Edlinger-Ploder großzügig Mittel zur Verfügung, auch Stadtrat Eisel-Eiselsberg steuerte aus seinem eigenen Budget einen Betrag von 60.000 Euro bei.



ne, Lärm und Verunreinigungen im Park ins Auge gefasst worden war, wird nun doch nicht stattfinden. KPÖ-Bezirksrätin Inge Arzon machte sich

die Mühe, die einzelnen Haushalte in der Umgebung aufzusuchen, um etwaige Beschwerdepunkte der Bevölkerung festzumachen. Es stellte sich heraus, dass die



Bevölkerung für einen Fortbestand des Buchkogelparks eintritt. Daher kam es zu einem einstimmigen Beschluss im Bezirksrat, sich gegen eine Veräußerung des Parks auszusprechen. Der Vorschlag der Liegenschaftsverwaltung wurde zurückgewiesen.

Nun doch kein Verkauf des Buchkogelparks

Der von der Liegenschaftsverwaltung angeregte Verkauf des Buchkogelparks, der infolge angeblicher Bürgerbeschwerden bei der Liegenschaftsverwaltung über Betrunkene

STRASSGANG

Wo bleibt A9-Begleitstraße?

Der Grazer Gemeinderat beschloss im Juni 2000 die Begleitstraße für die A9 von der Hafnerstraße parallel zum Schwarzen Weg bis zur neuen „IKEA II-Kreuzung“ zu errichten. Im Jahr 2003 wurde dieses Straßenprojekt vom Bauamt unter Stadtrat Rüscher auf Eis gelegt. Begründet wurde diese Entscheidung mit fehlenden Finanzmitteln.

Nun sind zwei Jahre vergangen.

Gemeinderat Johann Slamanig: „Die Begleitstraße für die A9 stellt eine verkehrspolitische Notwendigkeit dar und ist ein wichtiges Verkehrsprojekt. Es geht um die Anbindung eines stetig wachsenden Verkehrs in dieser Region an den Autobahnzubringer und an den Weblingerürtel. Wir

haben kein Verständnis dafür, dass dieses Projekt in der Prioritätenliste sehr weit zurückgeriebt wurde. Die Bewohner des Bezirks Straßgang erwarten sich eine Umsetzung dieses wichtigen Straßenprojekts.“ Deshalb stellte der KPÖ-Gemeinderat den Antrag, die Möglichkeiten zur Verwirklichung der A9-Begleitstraße zu prüfen.

EGGENBERG

Bewegungsraum
für den Hort
Gaswerkstraße



Nach einem einstimmigen Beschluss des Bezirksrates wird nun die Stadt Graz das frühere Tröpferlbad Gaswerkstraße als Bewegungsraum für die Kinder des Hortes Gaswerkstraße adaptieren. KPÖ-Bezirksrätin Eva-Maria Fischer freut sich auch über den Beschluss des Bezirksrates, einen Betrag zur Anschaffung diverser Geräte zur Verfügung zu stellen.

LIEBENAU

Stoppt die
Mautflüchtlinge!

lautet der Appell von KPÖ-Bezirksrat Max Korp an die zuständigen Stellen. Bereits am 22. September richtete Gemeinderat Johann Slamanig eine Anfrage an den Bürgermeister betreffend den zunehmenden Schwerverkehr durch die Liebenauer Hauptstraße. Überprüft werden sollte der Verdacht, dass die Liebenauer Hauptstraße zu



einer Ausweichstrecke für den LKW-Verkehr geworden ist. Bezirksrat Max Korp hält die Einführung eines Fahrverbotes für LKWs über 3,5 Tonnen mit Ausnahme von Ziel- und Quellverkehr für die einzig wirksame Maßnahme. Die Kontrolle der Einhaltung soll über die Polizei erfolgen.

STRASSGANG

Sicherheit muß
Vorrang haben!

Laut Verkehrszählung wird die Straßgangerstraße von täglich rund 23.000 Autos befahren. Um so besorgniserregender ist die Tatsache, dass die Realisierung des Gehsteiges an der Ostseite der Straßgangerstraße von der Scherersiedlung bis zum Kienzlkreuz noch ausständig ist.

Kinder, aber auch ältere Leute, die in der Eythgasse die Straße queren wollen, riskieren zudem einen Spießrutenlauf, da ein Fußgängerübergang nur bei Bestehen eines Gehsteiges auf beiden Straßenseiten installiert werden darf. KPÖ Bezirksrat Günther Leber hat zwar die Zusage seitens der Stadt Graz, dass die Maßnahme im nächsten Jahr umgesetzt wird, „wenn Geld da ist“, gibt sich jedoch damit allein nicht zufrieden. „Diese Gelder müssen gesichert werden“, mahnt er eindringlich, „denn die Sicherheit der Kinder und älteren Leute hat Vorrang!“

MARIATROST

Verkehrsüberwachung
in der Mariagrüner
Straße

Eine bessere Verkehrsüberwachung der Mariagrünerstraße forderte Gemeinderat Andreas Fabisch in der Gemeinderatssitzung vom 10. November. Zwas ist dort Tempo 30 deutlich sichtbar vorgeschrieben, dies wird aber zum Ärger der Anrainer und Passanten (Schulweg) häufig ignoriert.

**Pleiten Pech und Pannen
an der Medizin-Uni**

Wir schreiben das Jahr 2005, über 1000 Erstsemestrige der Medizinischen Universität Graz werden aus Platzmangel über das Internet unterrichtet.

Sebastian Wisiak, Studienvertreter Humanmedizin



Lediglich das Anatomie-Institut stellt den Studierenden Lehrkräfte zur Verfügung. Zu Semesterbeginn waren noch 3000 vorangemeldet, der Großteil von ihnen hat dann aber doch aufgegeben. Einerseits, weil die Chancen zu den 100 zu gehören, die nach dem großen Reihungstest am 16./17. Jänner weiterstudieren dürfen, sehr gering sind. Andererseits, weil sich einige Haushalte auch nicht die Anschaffungskosten für einen PC samt Internetzugang zusätzlich zu den neun nicht gerade günstigen Fachbüchern leisten können. Für jene, denen Geld keine Sorgen bereitet, hat ein Institut noch Kurse parat, die, in Gruppen mit einer Höchstzahl von 30 Personen, ein pädagogisch besser aufbereitetes Studium ermöglichen. Kostenpunkt für das erste Semester: 941 Euro! Da klingt es natürlich etwas fadenscheinig, wenn die Meduni den anfangs angekündigten „Eignungstest für Medizinstudierende (EMS)“ wegen eines „grauen Marktes“ streicht. Zu diesem wurden auch schon Vorbereitungskurse angeboten, die zwischen 500 und 790 Euro kosteten.

Aber wer Medizin studieren will, sollte keine Kosten scheuen. Schon bisher wurden

Studierende, die knapp bei Kasse sind, gezielt herausgedrängt. Der neue Studienplan, der nun in sein viertes Jahr geht, lässt es kaum zu, einem Nebenjob nachzugehen. Durch einen verschulden Stundenplan, der Praktika mit Anwesenheitspflicht auf den ganzen Tag verteilt vorsieht, ist eine Zeiteinteilung nicht möglich. Noch dazu führte die 2002/03 eingeführte Platzbeschränkung nach einem Jahr Studium zu einem Rückstau, der von Jahr zu Jahr gewaltiger wird. So müssen z.B. Studierende, die im September bereits alle Prüfungen hatten, ein ganzes Jahr warten, um weiterstudieren zu dürfen. Die ÖH der Medizin-Uni hat dagegen bereits eine Klage eingereicht. Bleibt zu hoffen, dass die Uni-Leitung einmal einen Dämpfer bekommt.

Auch im neuen Studienfach „Pflégewissenschaften“ läuft nicht alles wie am Schnürchen. Die Studierenden des 3. Semesters haben im November erfahren, dass auch sie ein Jahr verlieren werden, wenn sie nicht bis Jahresende alle Prüfungen abgelegt haben. Die Kuriosität dabei: Die Studierenden hatten zuerst nur Gerüchte gehört und mussten selbst die Leiterin des Studiums anrufen, um zu dieser Information zu gelangen.

Der Zentralverband der Pensionisten Graz

lädt zum **gemütlichen Donnerstagtreffen** ein!
Wir treffen uns zum Gedankenaustausch, Kartenspiel und anderen Vergnügungen.

Jeden Donnerstag ab 14.00 Uhr
im Karl-Drews-Klub hinter dem Volkshaus
in der Lagergasse 98a, 8020 Graz.

Roter Freitag

Eine Veranstaltungsreihe der KPÖ Graz Alle Veranstaltungen:

Volkshaus – Karl-Drews-Club, Schützgasse 16/ Lagerg. 98a, 8020 Graz

www.kpoe-graz.at



MONTAG, den 05. Dez. 2005 Beginn: 19.00 Uhr

„Verkehrsentwicklung im Großraum Graz“

Sind Park & Ride Plätze der Weisheit letzter Schluss? Wie sehen die Konzepte für den ruhenden Verkehr in Graz aus? Wie können Pendlerströme im Großraum Graz gelenkt werden? u.v.m.

Zur Diskussion stellen sich: DI Thomas Fischer (Leiter der Magistratsabteilung 10/8, Verkehrsplanung) sowie die Verkehrssprecher der politischen Parteien im Grazer Gemeinderat.

Freitag, den 09. Dez. 2005

„Venezuela - no al pasado!“

Nach einem dreimonatigen Aufenthalt in Venezuela und Kuba stellt Funke-Redakteur Emanuel Tomaselli seine Eindrücke und Erfahrungen zum revolutionären Prozess in Venezuela zur Diskussion.

Freitag, den 16. Dez. 2005

Beginn: 16:00 Uhr
Ort: Volkshaus, Großer Saal
Jahresabschlussfeier der KPÖ

Freitag, den 23. Dez. 2005

„Die Überflutungsgesellschaft“

Zur Dialektik von Mangel und Überfluss

Es referiert Reinhard Schedl Anlässlich der darauf folgenden Feiertage zeigen wir ergänzend zum Vortrag den Film „La Grande Bouffe“ (Das große Fressen)

Freitag, den 30. Dez. 2005

Beginn: 16:30 Uhr

„Der Rote Freitag feiert Silvester“

Und zwar mit einem Diavortrag über Dresden!

Aufgenommen von der Kunstphotographin Edeltrud Ulbl-Taschner

STRASSGANG

Neuerliche Verbauungen von Grünland erregen die Gemüter

Bereits im Juli 2004 wurde im Rahmen einer Bürgerversammlung der Bebauungsplan für eine neue Wohnsiedlung mit Reihenhäusern zwischen Salfeldstraße und Weblingstraße vorgestellt.

Die Anrainer und Bewohner des Bezirkes lehnten damals die Verbauung strikt ab und wiesen unter anderem auf die Hangwasserproblematik in diesem Gebiet hin. Vor allem weil es an der Salfeldstraße bereits betroffene Familien gibt,

die im guten Glauben an Baufirmen dort Häuser erworben haben und jetzt mit größten baulichen und finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Derselbe Gutachter, der jetzt im Auftrag der Stadt die Gutachten für die neue Bebauung erstellt hat, hat auch damals das Gutachten für die jetzt betroffenen Bewohner getätigt.

Zahlreiche Einwendungen bezüglich Wasserschutzgebiet und Wasserversickerungsgebiet, Naherholungszone, Verkehrsaufkommen und



ELKE KAHR:

Keine Schließung von städtischen Bibliotheken!

Im Jahr 2006 sollen laut Stadtrat Miedl „einige Zweigstellen“ der

städtischen Bibliothek in Graz geschlossen werden.



Luftreservoir führten zu einer neuerlichen Überprüfung des Bauprojektes durch die Behörden. Es wurden Auflagen wie der Bau eines Versickerungsbeckens und einer wasserrechtlichen Bewilligung erteilt und das Projekt somit im Gemeinderat mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen. KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann wies in ihrer Wortmeldung ausdrücklich auf die Wichtigkeit der Erhaltung des Grünlandes in Webling im Zusammenhang mit Hochwasser, extremer Verkehrsbelastung (26.000 Autos täglich in der Strassangerstraße) und Feinstaubbelastung hin und forderte die zuständigen Politiker auf, Verantwortung zu übernehmen und auch hier einen wie in der gleichen Gemeinderatssitzung beschlossenen Baustopp in hochwassergefährdeten Gebieten zu beschließen.

Was im Jahr 2004 nach massiven Protesten der Öffentlichkeit aufgeschoben werden konnte, soll jetzt – wie üblich untermauert durch eine Studie – durchgesetzt werden.

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr: „Ich befürchte, dass beispielsweise die Zweigstelle in der Weißenhofgasse (Triestersiedlung) dem Sparkurs zum Opfer fallen wird. Wir brauchen aber gerade in solchen Stadtteilen ein attraktives Bildungs- und Kulturangebot.“

Die KPÖ wird diesen Kurs auf keinen Fall mittragen. Heute ist der freie Zugang zu Wissen wichtiger denn je, deshalb sind die Bibliotheken in unserer Stadt von größter Bedeutung.“

Oppositionspartei im Landtag: Das fordert die KPÖ

Am 25. Oktober fand die erste Sitzung des neuen Landtages statt. Ernest Kaltenegger zählte in seiner Antrittsrede die wichtigsten Anliegen der KPÖ auf: Wir werden eine konstruktive und sehr konsequente Opposition sein. Die Anliegen, die wir vor der Wahl vertreten haben, wollen wir auch in den nächsten Jahren mit Nachdruck verfolgen. Zu den Punkten, die uns besonders wichtig sind, zählen:

- Kein Ausverkauf von Landesvermögen. Schaffung von Leitbetrieben mit Beteiligung der öffentlichen Hand.
- Schaffung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten, um die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren. Betriebe, die selbst keine Lehrlinge ausbilden, sollen verpflichtet werden, sich wenigstens finanziell an der Ausbildung junger Menschen zu beteiligen.
- Verstärkung des sozialen Wohnbaus zu leistbaren Mieten und die Rücknahme der Verschlechterungen bei der Wohnbeihilfe sowie die Einbeziehung der Betriebskosten.
- Die Einführung eines Vorschuljahres für alle Kinder überall in der Steiermark ohne Zusatzkosten für die Eltern.
- Menschen mit geringem Einkommen sollen nicht weiter an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt werden. Durch die Einführung eines steirischen Sozialpasses, der zum kostengünstigen bzw. kostenlosen Zutritt zu Kultur- und Sportereignissen berechtigen soll, könnte der Ausschluss einer ganzen Bevölkerungsgruppe vom gesellschaftlichen Leben vermieden werden.
- Der Vorrang für den öffentlichen Verkehr darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Maßnahmen zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs müssen finanziell abgesichert werden. Die

Einführung eines Nahverkehrsbeitrages nach dem Modell der Wiener U-Bahnsteuer halten wir für vernünftig und sozial gerecht.

- Die Grazer Altstadt braucht einen besseren Schutz vor Spekulanten. Wenn sich Vorfälle wie um das Kommod-Haus nicht wiederholen sollen brauchen wir eine wirksame Novellierung des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes.
- Das überlebte Proporzsystem bei der Bildung der Landesregierung sollte ehe baldigst abgeschafft werden.
- Wir treten für die völlige Gleichstellung der Frauen im beruflichen und gesellschaftlichen Leben ein.



EIN GROSSES DANKESCHÖN

Der große Wahlerfolg der steirischen KPÖ bei der Landtagswahl macht es möglich, im Landtag eine starke Vertretung für die sozial Schwachen zu sein. Diese Verantwortung ist sehr groß. Wir hoffen, dass wir in den kommenden Jahren dem großen Vertrauen gerecht werden können. Nach einer langen Pause von 35 Jahren zieht die KPÖ wieder in den steiermärkischen Landtag ein. Die steirische KPÖ wird alles daran setzen, in ihrer Arbeit auch dem Vorbild ihrer ehemaligen Mandatäre Otto Fischer, Ditto Pözl und Franz Leitner gerecht zu werden.

Ernest Kaltenegger,
Claudia Klimt-Weithaler,
Dr. Werner Murgg,
Ing. Renate Pacher
Landtagsabgeordnete der KPÖ



Unter die Haut ging eine Veranstaltung der KPÖ-Graz mit Peter Uray am 15. November im Grazer Volkshaus. Der populäre Grazer Schauspieler las Texte von Bert Brecht, die an Aktualität nichts vermissen ließen. Für die musikalische Umrahmung des Programms sorgte Lothar Lässer. Das Honorar spendete Peter Uray für Grazerinnen und Grazer, die in Not geraten sind. Herzlichen Dank!

BARRIEREFREIE INFORMATIONEN

Die Interessensvertretung von Menschen mit Lernschwierigkeiten, wandte sich an die Landespolitik mit dem Anliegen, dass eine Broschüre für die Landtagswahl erstellt werden sollte.

Eine kurze Vorstellung aller Wahlwerbenden Parteien, in vereinfachter Sprache sollte abgedruckt werden, damit sich Mensch mit Lernschwierigkeiten ein eigenes Bild von den Parteien machen können. Die Initiativen der Interessensvertretung wurden von den

Verantwortlichen in der Landespolitik ignoriert.

Ein entscheidender Schritt zur Gleichstellung wäre, dass Informationen flächendeckend für Menschen mit Lernschwierigkeiten so aufbereitet werden, dass sich jeder sein eigenes persönliches Bild machen kann, um eine Entscheidung treffen zu können. Viele Menschen mit Lernschwierigkeiten interessieren sich sehr für die politischen Vorgänge in unserem Land. Es ist unsere Pflicht, diesen Menschen das zu geben, was sie dafür benötigen.

KPÖ Landtagsabgeordneter Werner Murgg fragt LH Voves

ESTAG: Die Folgen der Privatisierungspolitik

Die Folgen der Privatisierungspolitik machte die Beantwortung einer Frage des KPÖ-Abgeordneten Dr. Werner Murgg durch Landeshauptmann Voves am 15. November deutlich.

Steiermark müsse sich danach richten, so Landeshauptmann Voves.

Die KPÖ sieht sich in ihrer Haltung bestätigt, die Grundversorgung der Bevölkerung nicht privaten Profitinteressen auszuliefern. Der Landeshauptmann kündigte ein Treffen mit EdF-Vertretern für 2. Dezember an. Die Teilprivatisierung des Energiesektors sei ein großer Fehler gewesen, so Voves. Er kündigte an, in der Budgetklausur der Landesregierung einen neuerlichen Landesbonus für Stromkunden der ESTAG zur Diskussion zu stellen.

Werner Murgg: „Während die hohen Abfertigungen und Gehälter der ESTAG-Manager rechtlich abgesichert sind, leiden immer mehr Menschen mit kleinen Einkommen unter den steigenden Energiekosten.“

Landeshauptmann Voves macht es sich zu leicht, wenn er die Verantwortung auf die ÖVP abschieben will. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass der seinerzeitige Verkauf von STEWEAG/STEG an die EdF mit den Stimmen der steirischen Sozialdemokratie beschlossen wurde.“



Dr. Werner Murgg,

AUCH IM LANDTAG

Helfen statt reden

Die Landtagsabgeordneten der KPÖ verwenden einen großen Teil ihrer Gehälter für soziale Zwecke, genau wie die Grazer Stadträtinnen Elke Kahr und Wilfriede Monogioudis. Zu Jahresende gibt es einen Tag der offenen Konten.

DIE LANDTAGSABGEORDNETEN DER KPÖ:

Ernest Kaltenegger, Klubobmann,
Ausschüsse: Gemeinden, Infrastruktur, Verfassung

Claudia Klimt-Weithaler: Ausschüsse: Bildung und Kultur, Gesundheit, Soziales

Dr. Werner Murgg: Ausschüsse: Finanzen, Wirtschaft, Kontrolle (stellvertretender Vorsitzender)

Ing. Renate Pacher: Ausschüsse: Petitionsausschuss (Vorsitz), Agrarpolitik, Umwelt, Europa

Immer für Sie da

Ernest Kaltenegger und die Abgeordneten der KPÖ im Steiermärkischen Landtag sind **im Landhaus** unter folgenden Telefonnummern zu erreichen:

Ernest Kaltenegger: **0316 / 877 51 06**

Büro, Georg Fuchs: **0316 / 877 51 02**

Fax: 0316 877 51 08

Email: ltk-stmk@stmk.gv.at

<http://www.kpoe-steiermark.at>

10. DEZEMBER – INTERNATIONALER TAG DER MENSCHENRECHTE

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.

1948, also vor 57 Jahren, wurde von den Vereinten Nationen die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ verabschiedet. Leider gibt es eine Vielzahl von Menschen, die nicht unter menschenwürdigen, gerechten Bedingungen leben können. Wir brauchen dazu nicht nur in die Ferne blicken, auch bei uns in der Steiermark werden nicht alle gleich behandelt.

Am 10. Dezember ist der Tag der Menschenrechte.

Grund genug, sich wieder einmal vor Augen zu halten, dass Menschen verschleppt, jahrelang ohne Verfahren inhaftiert, misshandelt und gefoltert werden, während in internationalen Foren laut darüber nachgedacht wird, ob es vom Verbot der Folter und Misshandlung nicht doch Ausnahmen geben sollte. Auch bei uns werden Menschenrechte wie das Recht auf Arbeit oder Kinderrechte nicht eingehalten.

Institutionen, Organisationen, Vereine und Privatpersonen, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen und engagieren, sind unentbehrlich. Letztendlich tragen jedoch die PolitikerInnen jedes Landes die Verantwortung dafür, dass es zu keinen Menschenrechtsverletzungen kommt. Die Abgeordneten des KPÖ-Landtagsklubs unterzeichneten eine „Erklärung zur Folterprävention“, die von amnesty international



Claudia Klimt-Weithaler

Österreich ins Leben gerufen wurde, um die Verurteilung von Folter und Misshandlung zum Ausdruck zu bringen. Wir erwarten und erhoffen uns, dass diesem Beispiel viele Landtagsabgeordnete folgen. Was das Land Steiermark betrifft, setzen wir uns für eine gerechtere Sozialpolitik ein, die die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ nie aus den Augen verliert.

Claudia Klimt-Weithaler

KLEINANZEIGEN

Gesucht wird:

Pensionistin sucht günstige **Kleinwohnung** möglichst Erdgeschoß, Edeltrud Holzapfel, Körblergasse 82/2/15, 8010 Graz.

Rüstiger und solider Pensionist sucht kleine **Garconniere** mit Dusche und Heizung ablösefrei, wenn möglich Nähe GVB, Telefon 0699/1188 2645.

Fleißiger Familienvater (3 Kinder) sucht günstige **2-3 Zimmer-Wohnung**, ablösefrei, Telefon 0664/4550941.

Mutter mit erwachsener Tochter sucht in Graz kleine **Zwei Zimmer-Wohnung**, provisionsfrei. Miete und Betriebskosten max. 350 Euro, Anrufe bitte unter 0699/11661300.

Freischaffende Künstlerin sucht dringend in Graz aus beruflichen Gründen kleine erschwingliche **Garconnie-**

re, provisionsfrei, Anruf bitte unter 0664/5128111

Gesucht: Arbeit

Familienvater sucht **geschützten Arbeitsplatz**, handwerklich geschickt und vielseitig einsetzbar; Telefon 0664/4878710.

Handelsschulabsolventin, 24 Jahre, 3 Jahre Berufspraxis, Englisch und Kroatisch in Wort und Schrift, Führerschein B, guter Kundenumgang. Telefon 0650/5541403.

Biete: **Dolmetsch für Firmen**, die in **Bulgarien** einen Markteintritt planen Projektmanagement, Büroleitung, Bereiche: Kultur und Technik (DI) perfekte EDV, **Englisch, Bulgarisch, Russisch**. Kontakt: 0699 12 600 955; DI Mariana Erdödy-Kalinova

52jähriger **Installateur, Schweißer und Elektriker**, viel Berufserfahrung sucht dringend Arbeit im Raum Graz. 0664/145 09 08.



Die Grazer Seniorinnen und Senioren sind herzlich eingeladen, an der Weihnachtsfeier des Zentralverbandes der Pensionisten teilzunehmen.

Wann: **Fr., 16. Dez.05, 11.30 Uhr**

Wo: **Karpfenwirt in St. Martin im Sulmtal**

Abfahrt mit dem Bus vom Volkshaus um 10.30 Uhr oder Sie fahren mit dem eigenen PKW.

Um die nötigen Mittagessen zu bestellen, bitten wir Sie im Büro unter **71 24 80** vom Montag bis Freitag von 10 bis 12 Uhr anzurufen.



KINDERLAND Winterwoche in St. Radegund

19. bis 24. Februar 2006
in der Kinderlandvilla St. Radegund

Expedition in den Winter für Kinder von 6 bis 15 Jahren Vollpension, Betreuung durch ein qualifiziertes Team, Hin- und Rückreise, (Graz - St. Radegund - Graz) Gondelfahrt auf den Schöckel

Preis: 135 Euro

Information und Anmeldung:

0316 / 82 90 70

www.kinderland-steiermark.at



Afghanischer Kulturverein sucht günstiges Büro (20 bis 30 m²) in Graz zu mieten. Tel. 0650/310 55 87

mieter service **NOTRUF**
71 71 08

Ganzjährige Ausstellung von Kunst-Garten

Kunst. Garten. Bibliothek
Freitag, 18.00-19.30 Uhr
Samstag, 15.30-18.00 Uhr



Red:Out! Steiermark: Treffpunkt jeden 1. Montag im Monat im Cafe Harry's, Reitschulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28

Mir den Rücken stärken

In diesem zweiteiligen Kurs haben Sie die Möglichkeit, Ihren Rücken genauer kennen zu lernen. Sie erhalten praktische Tipps für den Alltag und lernen einfache Übungen für zu Hause.

Termin: Mittwoch, 30. November 2005, 19.00-20.00 Uhr

Leitung: Mag. Karin Weingartmann
Ort: Frauengesundheitszentrum, Joanneumring 3, 8010 Graz
Kosten: 16 Euro

Bitte melden Sie sich im Frauengesundheitszentrum Tel. 0316/83-79-98

Advent-Special im Cubino:



„Traditional Blues-Duo“ stellt CD vor

Am 10. Dezember präsentieren Christian Masser und Hans Felber im Cafe Cubino ihre aktuelle CD: Alte Blues, einfühlsam und auf hohem musikalischen Niveau dargeboten, mit gelegentlichen Abstechern in Country-Gefilde.

Weitere Termine des Advent-Blues-Special im Cafe Cubino:

- Sa. 3. 12.**, Sir Oliver Mally („Alone and Acoustic“)
- Sa. 17. 12.**, Raphael Wressnig und Billy D. („Gospel und Soul“)
- Fr. 23. 12.**, der legendäre Ripoff Raskolnikov mit Ismael Barrios („Blues meets Latin“).

Beginn: Jeweils 20 Uhr bei freiem Eintritt, Cafe Cubino, Sternäckerweg 16, Tel. (0316) 89 03 01.

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 e-post: stadtblatt@kpoe-graz.at

Betrifft: 380 kV-Leitung

Die Betreiber der 380 kV Leitung behaupten, dass 10.000 Arbeitsplätze verloren gingen, wenn die 380 kV-Steiermarkleitung nicht gebaut würde. Diese Zahlen sind an den Haaren herbeigezogen und fern der Realität. Ich verstehe schon, dass der steigende Energiebedarf gedeckt werden muss, aber dazu sind die alternativen Energieformen geradezu wie geschaffen. Diese sind nicht nur nachhaltig und sauber, sondern auch für die Volkswirtschaft ein Segen. Durch den Ausbau von alternativen Energieformen muss kein teurer Strom aus den Nachbarländern importiert werden, es können Tausende neue Arbeitsplätze entstehen. Gar nicht daran zu denken, was unser Know-how wert sein wird, wenn in ein, zwei Jahrzehnten auch andere Nationen auf Ökostrom umschalten, und ich bleibe dabei: Es gibt keine Alternative zu alternativen Energieformen!

MM

St. Margarethen

Grazer Feuerpolizei spielt den „starken Mann“

Wie man den Grazer Zeitungen immer wieder entnehmen kann, gibt es Wohnungsbrände, die sehr leicht und billig in der Entstehung entdeckt und bekämpft werden könnten. Durch die einfache Montage eines billigen Rauchmelders, den es in jedem Baumarkt zu kaufen gibt und einer Löschdecke könnte fast jeder Entstehungsbrand gelöscht werden. Was tut aber die Grazer Feuerpolizei?

In den Hochhäusern von Graz werden mit viel Aufwand völlig falsche Aktionen gesetzt, die zwar den Bewohner sehr viel Geld kosten, aber keine Wirkung haben. Zum Beispiel werden in

den Stiegenhäusern um viel Geld Druckwasserleitungen verlegt und meist mit einer Drucksteigerungsanlage verbunden, damit es nicht zu billig wird. Sollte es sich bei einem Wohnungsbrand aber um brennendes Öl handeln und die Bewohner nehmen den vorbereiteten Wasserschlauch im Stiegenhaus, dann ist es mit ihrem Leben vorbei, wie es die Feuerwehr immer wieder bei Schauübungen zeigt. Der zuständige Stadtrat sieht dem Treiben seiner ihm unterstellten Behörde zu, ohne sich darum zu kümmern. Eine Grazer Bürgerinitiative musste nun die Öffentlichkeit wachrütteln, damit endlich eine vernünftige Lösung für dieses Problem gefunden wird, da sich viele der Grazer Bewohner diesen finanziellen Aufwand bald nicht mehr leisten können. Dem Herrn Kaltenegger und der KPÖ sei in diesem Zusammenhang gedankt, dass sie diese Initiative finanziell unterstützt haben.

Alfred Hager,
Graz Gösting

Ach, wie schön war doch die Zeit ...

...als man in Graz für ein Verkehrsdelikt von der Polizei gleich an Ort und Stelle abgestraft wurde.

Seit einsparungsbedingt die Polizei reformiert wird und man im Rathaus erkannte, dass kleine Verkehrsdelikte eine gute Einnahmequelle für das desolote Budget darstellen, versteckt man, wo es nur geht, Kameras. Die Bilder werden der Polizei übermittelt, gehen zur Zentrale nach Wien und kommen nach ca. 2 Wochen zum Zulassungsbesitzer. Nun zog ich im August in den Bezirk Geidorf und fuhr fast jeden Tag mit dem Moped über die KF-Uni und die Lichtenfelsgasse in die Lessingstraße zur TU. Doch befindet sich beim Einbiegen in die Lessingstraße ein Linksabbiegeverbot? Kommt man von

der Lichtenfelsgasse und will in die Lessingstraße, sind diese Schilder schwer zu erblicken. Das soll hier aber nicht Thema sein. Nicht schlecht erschrak ich, als ich im Oktober zwei Anonymverfügungen zugesandt bekam. Darauf war zu lesen: 'Einbiegen nach links verboten' nicht beachtet; Fotografische Verkehrsüberwachung; Strafausmaß: 40 Euro. Natürlich eilte ich sofort zu der besagten Kreuzung, und wirklich wahr: Da habe ich doch 2 Monate lang das Linksabbiegeverbot übersehen! Mir wurde sofort bewusst: Wenn ich jetzt ein Monat lang beim Linksabbiegen fotografiert wurde, sind das 40 Euro x 30 = 1200 Euro.

Bis jetzt sind 3 Zahlscheine eingetroffen. Wie gern hätte ich damals im August dem Polizisten die Organstrafverfügung bezahlt und wäre dort nicht mehr links abgeogen!

A. R. (Adresse erliegt)

Betrifft: Haus Schützenhofgasse 25-27

Laut Kleine Zeitung vom 29.1.2005 schwört sich die Stadt Graz auf den Schutz der Altstadt ein. Gleichzeitig lässt die Stadt Graz es zu, dass das Kommodhaus abgerissen wurde, das nach einem Urteil des Höchst-



gerichtes (Kleine Zeitung vom 26.10.2005) nicht abgerissen hätte werden dürfen.

Nun droht ein weiterer Abriss, der des Hauses Schützenhofgasse 25-27.

Die zuständigen Behörden der Stadt Graz sind anscheinend schnell und ohne kritische Beurteilung mit Abrissgenehmigungen (wenn ein Investor mit dem Geldbeutel kommt). Graz ist seit 2003 Weltkultur-Erbe Stadt und sollte viel sensibler mit seinen alten Häusern umgehen.

Allein aus diesem Grund verdienen dieses Haus und das

Herz-Jesu-Viertel einen besonderen Schutz im Sinne des städtebaulichen Ensembles.

Ein schleichender Abriss der Wohnhäuser, die in dieser Zeit nahezu geschlossen entstanden sind, würde die Stadtgestaltung eines bedeutenden Viertels von Graz zerstören.

Daher mein Appell an alle zuständigen Politiker: Bitte helfen Sie mit, ein zweites Kommodhaus zu verhindern, damit das Viertel sein Gesicht behält wie es ist.

G. Bullmann, 8010 Graz

Schikanen im Sozialamt

Die Brennstoffaktion der Stadt Graz ist eine gute Sache und hat klare Richtlinien für die Anspruchsberechtigten, sowohl was die Voraussetzungen betrifft um sie zu bekommen, als auch welche Nachweise erforderlich sind. Wollte man den Heizkostenzuschuss in bar, so musste man heuer zusätzlich direkt im Sozialamt vorsprechen. Auch hierfür gab es klare Richtlinien, welche Dokumente mitzubringen sind. Leider aber ignorieren anscheinend manche Mitarbeiter das Informationsschreiben ihres eigenen Amtes und verlangen zusätzlich, wie in meinem Fall einen Mietennachweis, obwohl mein Anspruch als Ausgleichszulagenbezieher im Bezirksamt überprüft wurde. Mit keinem Wort wird ein Mietennachweis auf dem Informationsscheiben gefordert, noch wurde ich zuvor mündlich darauf hingewiesen. Ich empfinde das als reine Schikane und hoffe, dass es sich um einen Einzelfall handelt.

Name und Adresse der Redaktion bekannt

Für die Errichtung eines Projektes für kreatives Schaffen und für eine sozialpädagogische Einrichtung suche ich einen Bauernhof oder ein entsprechendes Anwesen mit günstiger Verkehrsanbindung im Raum Graz, Graz-Umgebung zu mieten oder zu pachten.

Heidlore Terlep
Andrägasse 13
8020 Graz
Tel. 0664/1844893

Über die Mur oder Abschieben hat Tradition

Von Gerhard M. Dienes

„Im Allgemeinen bietet Grätz die höchst interessante Eigenheit, daß sich hier gleichsam zwei Städte, nur durch den Fluß geschieden, darstellen, die in der Bauart, Anlage und auch im geselligen Leben eine durchaus verschiedene Physiognomie zeigen, und deren Bevölkerung nicht leicht von einer Seite des Stromes auf die andere übersiedelt.“

Mit diesen Zeilen sprach Gustav Schreiner 1843 das Phänomen der Teilung einer Stadt durch einen Fluß an, wie wir sie auch von Paris kennen.

Die dortigen Unruhen in den Vororten lassen ängstliche Blicke von der Mur an die Seine richten. Glimmen hier nicht auch schon Glutnester?

Nun, Graz ist nicht Paris, doch wie in der französischen Metropole hat auch in der steirischen Landeshauptstadt das Abschieben, das räumliche Hinausschieben von ihr nicht Genehmen eine jahrhundertelange Tradition. Ab in die Murvorstadt, in die Bezirke Lend und Gries, raus aus der „City“, hinüber über den Fluß!

Die Murvorstadt

So wurde die Murvorstadt zum Auffangbecken für vieles, was die Stadt zwar benötigte, aber als störend, ihrer nicht würdig oder nur bedingt begrüßenswert erschien.

Fand sich im Mittelalter das „stinkende Gewerbe“ der Lederer in der Sackstraße sowie das laute und Feuergefahr bedingende der Schmiede in der nach ihnen benannten Schmiedgasse, so finden sich beide später hinausgeschoben in die Murvorstadt.

Fand sich das erste Bordell laut Steuerverzeichnis von 1474 in der Stadt (Frauengasse!), so wurde in der frühen Neuzeit die Prostitution in die Vorstädte abgedrängt. Seitdem konkurrieren sich Lend und Gries um den Ruf, das unzünftigste Viertel von Graz zu sein.

Bedingt durch die Lage an der



Foto: Leopold Bude, Lazarettgasse 40, 1893

Kommerzialstraße Wien-Triest (Wienerstraße/Triesterstraße) wurde die Murvorstadt auch zum Wirtshaus- und damit zum Vergnügungsviertel der Stadt. Die dortigen Vergnügungen galten als zwielichtig und seicht. Die Hochkultur hatte hier keinen Platz und war hier von der Obrigkeit nicht erwünscht.

Am Ende des 19. Jahrhunderts planten die Architekten der Grazer Oper, Ferdinand Fellner und Hermann Helmer, ein Volkstheater an der Ecke Vorbeckgasse/Dominikanergasse, „in welchem bei billigen Preisen für ein andächtiges, empfängliches Publikum der minderbemittelten Schichten nur erstklassige Komödie gespielt“ werden sollte. Der Bau der Oper verschlang jedoch so viel, dass auf die Kultur über der Mur verzichtet wurde.

Die Murvorstadt war seit dem Mittelalter der vornehmliche Wohnsitz der unteren Sozialschichten. 1844 kam die Eisenbahn, die im Westen, weit von der Stadt, am Rande der Murvorstadt trassiert worden war. Mit der Bahn kamen die Fabriken, die an der Schienentrasse ihre Standorte fanden, dort, wo die Rohstoffzulieferung und die Warendistribution einfach

waren. Mit den Fabriken kamen die ArbeiterInnen, Klassenfeinde im bürgerlichen Zeitalter, und mit ihnen ghettoähnliche Arbeitersiedlungen. Diese standen im krassen Gegensatz zu den feudal-bourgeois Palais und Villen in Geidorf und St. Leonhard.

Migrationsströme

Die rasant wachsende Stadt zog an wie ein magnetisches Kraftfeld, als Ort der Hoffnung auf ein besseres Leben. Die Murvorstadt wurde zum Auffangbecken der Hoffenden, aber allzu oft Enttäuschten. Hierher kamen sie aus der unteren Steiermark, als Graz die Hauptstadt eines zweisprachigen Kronlandes war. Auch wenn die Slowenisch sprechenden SteirerInnen hier in keinem einzigen Wohnbereich dominant waren, sprach das deutsch-nationale Graz abwertend von der „Windischen Vorstadt“ und wettete gegen die slawische Bedrohung.

Auch an antisemitischen Parolen fehlte es nicht, als sich nach Jahrhunderten die Juden ab 1861 in Graz wieder niederlassen durften. Um 1900 belief sich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung bei 1,3 %, die meisten jüdischen BürgerInnen lebten im Bezirk Gries, wo auch die

von den Nazis 1938 geschändete und gebrandschatzte Synagoge gebaut wurde.

Als zur Zeit des Wirtschaftswunders die Migrationswelle der Gastarbeiter begann, tat die Stadt das, was sie seit Jahrhunderten gewohnt war zu tun:

In der Murvorstadt wurden die Türken angesiedelt, gegen deren Vorfahren Graz das Bollwerk des Abendlandes darstellte, wie Geschichte verfälschend immer wieder beteuert wird.

Weitere Migrationsströme folgten, und die Fehler der Jahrhunderte prolongierend kam es zur „Ghettoisierung“ in der Murvorstadt.

Dabei verringert separates Wohnen für die „Ausländer“ die ohnehin schon relativ schmalen Kontakte zur einheimischen Bevölkerung noch weiter. Damit wird zudem jener Austausch verhindert, der doch die Voraussetzung wäre für die Akzeptanz von Anders- bzw. Fremdartigkeit und für den Abbau gegenseitiger Vorurteile und Ängste.

Abschieben hat Tradition in Graz, wie lange noch?

Impressum: Grazer Stadtblatt,
Lagergasse 98a, 8020 Graz.,
Tel. 71 24 79,
Fax 71 62 91
email: stadtblatt@
kpoe-graz.at
DVR: 0600008

